

BULGARIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2022

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die politische Situation in Bulgarien ist instabil und entwickelt sich schnell in unvorhersehbare Richtungen. 2021 fanden drei Parlamentswahlrunden (im April, Juli und November) statt, bis eine regierende Koalition geformt werden konnte. Nach 12 Jahren unter der Führung der konservativen GERB-Partei, gab es 2020 massive Proteste gegen letztere, aber auch generell gegen den politischen Status quo im Land, der als äußerst korrupt wahrgenommen wird. Die über die Jahre gesammelte Unzufriedenheit mit der regierenden Klasse fand 2021 einen Ausdruck in einer Reihe politischer Änderungen und Neukonfigurationen.

GERB verlor an Bedeutung bei den Wahlen: die Partei erreichte etwa 580 000 Stimmen und 10 Prozentpunkte weniger im Vergleich zu der Parlamentswahl 2017. 2021 war das Jahr in dem bei allen drei Wahlrunden unterschiedliche Parteien den ersten Platz erobert haben. Im April war das immer noch GERB, im Juli war die im Vorjahr gegründete Partei »Es gibt so ein Volk« (ITN) die größte politische Macht im Land und dann im November war ein neu gegründetes Projekt – »Wir setzen den Wandel fort« (PP) – der Gewinner. ITN ist die Partei des prominenten Fernsehmoderators und Entertainers Stanislav (Slavi) Trifonov. Sie folgt eine nationalpopulistische Linie und vertritt sowohl soziale Forderungen (z. B. im Gesundheitswesen), als auch konservative Ziele im wirtschaftlichen Bereich. Sie kann mit der Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo in Italien verglichen werden. »Wir setzen den Wandel fort« (PP) wurde im September 2021 von zwei sehr populären Ministern aus der damaligen Übergangsregierung – Kiril Petkov (Wirtschaft) und Assen Vassilev (Finanzen) – gegründet. PP positioniert sich eher im wirtschafts- und sozialliberalen Spektrum und besteht primär aus jungen Menschen aus der (oberen) Mittelklasse, die häufig im Ausland studiert haben und sämtliche Erfahrungen aus der Privatwirtschaft mit sich bringen. Allerdings konnte PP durch ihre Anti-Korruptionsbotschaften, ihre Anti-GERB-Positionierung und optimistische »hands-on«-

Haltung eine breite und gemischte Wählerschaft gewinnen, darunter auch progressive oder Mitte-links-Wähler_innen.

Obwohl die sozialistische Partei (BSP) jahrelang in der Opposition im Parlament war und bei den Anti-GERB-Protesten 2020 versucht hat, sich als Protestpartei zu positionieren, wurde sie eher als ein dem Status quo zugehörenden Akteur wahrgenommen. Unter der Führung von Kornelia Ninova, die sich durch immer autoritärere Neigungen und Methoden und einen konservativen Kurs auszeichnet, erreichte die Partei bei den Wahlen 2021 historisch niedrige Prozentpunkte (ca. 10 Prozent im November 2021 im Vergleich zu ca. 27 Prozent bei den Wahlen 2017), verlor ca. eine halbe Millionen Stimmen im Vergleich zu 2017 und ist somit nicht mehr die zweitgrößte politische Macht im Land, sondern rutschte auf den vierten Platz ab. Die internen Streitereien und Konflikte innerhalb der Partei wurden öffentlich gemacht, wodurch BSP als instabil und zersplittert von den Wähler_innen wahrgenommen wurde, was als Folge hatte, dass neugegründete Parteien wie ITN und PP massiv Stimmen von BSP entziehen konnten.

Das Bündnis aus den rechtsextremen Parteien VMRO, Ataka und NFSB, das 2017–2021 in einer Koalition mit GERB das Land regiert hat, zersplitterte sich. Die drei Parteien konnten im Ergebnis die 4 Prozent-Hürde bei den Wahlen nicht erringen und sind somit nicht mehr im Parlament vertreten. Allerdings konnte eine pro-russische, ultranationalistische Partei namens Vazrazhdane (Wiedergeburt) das entstandene Vakuum im rechts-extremen Bereich füllen. Mit 4,6 Prozent ist die Partei nach den Wahlen im November 2021 momentan im Parlament.

Unter der Führung von Kiril Petkov von »Wir setzen den Wandel fort« (PP) wurde Ende 2021 eine regierende Koalition aus vier Parteien geformt. Darunter gehören PP, »Es gibt so ein Volk« (ITN)¹, BSP und Demokratisches Bulgarien (DB). Der kleinste gemeinsame Nenner dieser Koalition ist ihre Anti-

¹ Anfang Juni 2022 hat ITN angekündigt, sie möchte nicht mehr Teil der regierenden Koalition sein. Somit verliert die Koalition die Mehrheit im Parlament. Ob Neuwahlen vorstehen, ist noch unklar.

GERB-Positionierung, allerdings ist es schwieriger weitere Schnittstellen in ihren politischen Positionen zu finden. Deswegen wurde die Koalition von Anfang an als instabil und uneinig eingeschätzt. Dieser Eindruck wird durch die mangelnde Erfahrung in der Politik und an politischer Führung von PP-Kadern verstärkt.

Das Kabinett »Petkov« hat sich am Anfang seiner Amtszeit eher innenpolitische und technokratische Ziele gesetzt wie die Entwicklung und Annahme von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, die Optimierung der Arbeitsprozesse in unterschiedlichen Ämtern und Behörden, die Finalisierung des bulgarischen Aufbau- und Resilienzplans. Im Gegensatz dazu wird die Tagesordnung im Land in den letzten Monaten komplett von außenpolitischen Themen dominiert: dem Krieg in der Ukraine und dem bulgarischen Veto gegen die EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien.

Seit dem Anfang des russischen Kriegs in der Ukraine verurteilte die bulgarische Regierung Russland als Aggressor, beteiligte sich an den unterschiedlichen EU-Sanktionspaketen gegen Russland, nahm unbeschränkt Geflüchtete aus der Ukraine auf und setzte die EU-Massenzustrom-Richtlinie in Kraft. Trotzdem gibt es wesentliche Unterschiede zum Thema unter den Koalitionspartnern. BSP verurteilt zwar den Krieg, unterstützt aber nicht die Wirtschaftssanktionen gegen Russland und versucht die Rolle von Russland im Krieg zu relativieren. Dagegen folgt Demokratisches Bulgarien (DB) eine sehr anti-russische und pro-ukrainische Linie und möchte sogar – im Unterschied zu ihren normalerweise wirtschaftsliberalen Positionen – russische Gas-Unternehmen in Bulgarien enteignen und verstaatlichen. Das Thema Waffenlieferung an die Ukraine war eine Trennlinie für die Koalition. Während BSP eindeutig gegen die Waffenlieferung war und sogar mit Austritt aus der Koalition gedroht hat, haben sich die anderen drei Koalitionspartnern für die Waffenlieferung geäußert und DB hat sogar gedroht, die Koalition zu verlassen, falls keine Waffenlieferung stattfindet.

Nicht nur die Regierung, sondern auch die Gesellschaft ist durch den Krieg in der Ukraine gespalten. Große Demonstrationen der Solidarität mit der Ukraine fanden im April und Mai 2022 in vielen Städten in Bulgarien statt. Die Protestierenden haben Frieden, Solidarität mit den Geflüchteten und gleichzeitig Waffenlieferungen an die Ukraine gefordert. Allerdings ist in diesen Kreisen eine wachsende Radikalisierung in Richtung Russophobie zu betrachten. Während des Besuchs von Pentagon-Chef Lloyd Austin in Sofia im März 2022 gab es anti-NATO Proteste, die von der pro-russischen rechts-extreme Partei Vazrazhdane organisiert wurden. Diese Partei mobilisiert viele Menschen, die angeblich gegen den Krieg und für Neutralität sind, allerdings sind häufig bei solchen Protesten pro-russische militaristische Symbole zu sehen (z. B. Fahnen mit dem Zeichen Z).

Ende April 2022 hat Russland die Erdgaslieferungen an Bulgarien mit der Begründung eingestellt, dass das Land der Aufforderung Russlands, die Lieferungen in Rubel zu bezahlen, nicht nachgekommen ist. Dies führte zu einer weiteren Polarisierung der »für« und »gegen« Russland gerichteten

Reaktionen. Die Regierung erklärte, sie werde sich dem russischen Druck nicht beugen und die Verfügbarkeit alternativer Gasquellen garantieren. Präsident Rumen Radev und die Opposition stellten die Realität dieser Alternativen in Frage und wiesen auf die Gefahr eines schweren Zusammenbruchs der bulgarischen Wirtschaft mit dramatischen Konsequenzen für die Bevölkerung hin. Die Entwicklung bei den Erdgaslieferungen stellt erneut die Frage nach einer Differenzierung der Energiequellen und einem »Green Deal«. Diese Themen standen u. a. 2021 sehr hoch auf der öffentlichen Agenda, als der bulgarische Aufbau- und Resilienzplan diskutiert und bearbeitet wurde. Der Plan sieht die Schließung der Kohlekraftwerke im Land bis 2038 vor, was massive Konsequenzen sowohl für die ca. 20 000 Arbeiter_innen in der Branche, als auch für die Energiekonsumenten hat. Die öffentliche Meinung dazu war bereits 2021 sehr polarisiert und diese Spaltung hat sich mit der Einstellung von Gaslieferungen weiter vertieft.

Die Gegenüberstellung zwischen Präsident Radev und Ministerpräsidenten Petkov, die bis vor kurzem ähnliche Positionen vertraten, verschärft sich auch im Kontext des bulgarischen Vetos gegen die EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien. Der Druck auf die Regierung und u. a. auf Petkov durch andere EU-Länder und Institutionen, das Veto aufzuheben, hat momentan eher geringe Erfolgchancen, da ca. 80 Prozent der Bevölkerung das Veto (stark) befürwortet und das Thema das Potential hat, die Regierung zu stützen.

Die insgesamt instabile politische Situation führt ständig zu Spekulationen über Neuwahlen. Allein in den letzten drei Monaten wurden drei neue Parteien gegründet – zwei davon Zentrum-Links und eine eher im »linkskonservativen« Bereich. In diesem Kontext konnte sich GERB konsolidieren, ihre Positionen verstärken und ist aktuell bei den Umfragen schon wieder die größte politische Macht. Die rechtsradikale Vazrazhdane konnte durch ihre pro-russische und anti-NATO Botschaften neue potenzielle Wähler_innen gewinnen und ist aktuell mit 10,5 Prozent vierte Macht im Land sogar vor der BSP.

Die aktuelle Diskussion über den Beitritt Bulgariens in die Eurozone und die damit verbundenen Ängste vor (noch höherer) Inflation und wachsender Armut hat das Potential, einen weiteren Bruch in der Koalition und in der Bevölkerung insgesamt zu verursachen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bereits vor der Corona-Pandemie und vor dem Krieg in der Ukraine war Bulgarien das ärmste Land der EU mit dem höchsten Gini-Koeffizienten, den größten Einkommensungleichheiten und den niedrigsten Löhnen. Seit dem 1. April 2022 beträgt der monatliche Mindestlohn ca. 363 Euro, wobei die Gewerkschaften ausgerechnet haben, dass ein »Living Wage« bei ca. 800 Euro Brutto im Monat für eine Person ohne Kinder liegen sollte. Obwohl der offizielle Durchschnittslohn Ende 2021 bei 852 Euro lag, arbeitet 2/3 der Bevölkerung unter dem Durchschnittslohn, was für große Ungleich-

heiten in den Gehältern spricht. Ca. 22 Prozent der Arbeitnehmer_innen in Bulgarien beziehen den Mindestlohn und jede vierte Person lebt unter Armutsrisiko. Es gibt sowohl große regionale Unterschiede in den Einkommen (der Durchschnittslohn in Sofia für 2021 ist über 1000 Euro), als auch massive Branchenunterschiede: die Gehälter in den bestbezahlten Branchen wie Informationstechnologien, Luftverkehr oder Herstellung von Erdölprodukten sind 2 bis 4-Mal so hoch wie in den Niedriglohnssektoren wie Textil, Tourismus und Sozialarbeit.

Nachdem sich die wirtschaftliche Lage im ersten Pandemiejahr verschärft hatte und viele Unternehmen, u. a. im Dienstleistungssektor, ihre Aktivitäten einstellen mussten, gab es 2021 Indizien für eine wirtschaftliche Erholung. Die Arbeitslosigkeit, die 2020 auf 6,7 Prozent wuchs, sank im Februar 2022 auf 4,6 Prozent, was historisch niedrig ist. Die Arbeitslosigkeit sank generell und auch speziell in den Gruppen, die traditionell besonders schlecht in den Arbeitsmarkt integriert sind (Arbeitslose ohne Qualifikation, Langzeitarbeitslose, Arbeitslose über 50, arbeitslose Jugendliche unter 24, arbeitslose Personen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit). Laut Daten des Nationalen Statistischen Amtes, stieg die Kaufkraft der privaten Haushalte für die meisten Grundnahrungsmittel im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020. 2021 betrug das jährliche Gesamteinkommen pro Person im Haushalt im Durchschnitt 7705 BGN und stieg somit im Vergleich zu 2020 um 10 Prozent. Das Budget 2022 wurde als das »sozialste Budget« seit mehreren Jahren bezeichnet. In seinem Rahmen wurden das Arbeitslosengeld, das Elterngeld und die Renten erhöht.

Der Anfang der russischen Invasion in der Ukraine kehrte diese positiven Tendenzen um. Bereits 2021 war die Jahresinflation im Land (ca. 7,8 Prozent im Dezember) wesentlich höher als im Jahr davor (0,1 Prozent). Im April 2022 ist die Inflation dramatisch gestiegen und liegt aktuell bei 14,4 Prozent, was wesentlich höher ist als die EU-Durchschnittsinflation (ca. 8 Prozent). Es ist die höchste Inflation im Land seit Mai 1998. Allerdings ist die Inflation der billigeren Güter wie Nahrungsmittel derzeit deutlich höher als die Inflation der sogenannten Luxusgüter (Autos, Technik). Beispielsweise erreicht die Inflation bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken im April 2022 21,3 Prozent gegenüber April 2021, bei Brot und Getreide 23,8 Prozent, bei Fleisch und Fleischprodukten 15,9 Prozent, bei Milch, Molkeerzeugnissen und Eiern 21,2 Prozent, bei tierischen und pflanzlichen Ölen und Fetten 43,6 Prozent und bei Gemüse 32,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Praktisch heißt das, dass Menschen und Haushalte, die traditionell einkommensschwächer sind, überproportional stärker von den steigenden Preisen getroffen werden.

Die Einstellung der Gaslieferung durch Gazprom Ende April 2022 treibt die (Energie)Preise nach oben. Bulgarien ist traditionell sehr abhängig vom russischen Gas – ca. 90 Prozent des Gasverbrauchs im Land wird von Russland importiert. Die Regierung sucht nach alternativen Gaslieferanten und Diversifikationsmöglichkeiten für die Gaslieferungen. Momentan wird eine Gasverbindungsleitung zwischen Bulgari-

en und Griechenland gebaut, um Gas aus Aserbaidschan zu importieren und auch um Gas aus dem griechischen Flüssiggasterminal (LNG) zu transportieren. Die Gaslieferungen aus Aserbaidschan werden vermutlich im Herbst anfangen und könnten ca. 1/3 des Verbrauchs decken. Es bleibt offen wie die restlichen 2/3 des notwendigen Gases geliefert werden und zu welchem Preis. Deswegen wird zukünftig eine Erhöhung der Gaspreise erwartet. In diesem Kontext sind massive Proteste und soziale Unruhen sehr wahrscheinlich.

Mitte Mai kündigte die Regierung Anti-Krisen-Maßnahmen gegen die steigende Inflation an. Darunter gehören: 0 Prozent Mehrwertsteuer auf Brot für ein Jahr; 10 Prozent Erhöhung der Renten ab dem 1. Juli; Steuererleichterungen für Familien mit Kindern; Benzin 95, Diesel, Methan und Propan-Butan werden um ca. 13 Eurocent pro Liter billiger; Senkung der Mehrwertsteuer für Heizung und Warmwasser sowie für Erdgas für Privathaushalte auf 9 Prozent innerhalb eines Jahres; Strom, Erdgas und Methan sollen von der Verbrauchsteuer befreit werden.

Die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein sozialer Brennpunkt. Das Land setzte die EU-Massenzustrom-Richtlinie im März in Kraft. Aktuell haben ca. 300 000 Ukrainer_innen die Grenze überquert, von denen ca. 100 000 in Bulgarien geblieben sind. Fast die Hälfte sind Frauen, ein Drittel sind Kinder. Ca. 1 000 Personen konnten bis jetzt einen Job finden. Sie werden eher in Niedriglohnssektoren wie Tourismus und Landwirtschaft eingestellt. Von Anfang an handelte die Regierung eher chaotisch und Freiwillige leisteten einen großen Teil der Aufnahmearbeit. Viele Geflüchtete wurden in Privathaushalten und Hotels an der Schwarzmeerküste untergebracht. Die Hoteliers haben für ihre Unterbringung 40 BGN oder ca. 20 Euro pro Tag pro geflüchtete Person erhalten, das Geld kam von EU-Fördermitteln. Allerdings galt das nur für einen begrenzten Zeitraum bis zum 31. Mai, weil danach die Tourismussaison anfängt und die Hoteliers Touristen aufnehmen möchten. Nach dem 31. Mai herrschte großes Chaos bei der Umsiedlung der Flüchtlinge, da die Angaben der Regierung unklar sind und sich täglich ändern. Die Spannung in der Gesellschaft wächst, xenophobe und anti-migrantische Einstellungen werden immer präsenter. Bulgarien ist derzeit das Land EU-weit mit den negativsten Einstellungen gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine – eine Umfrage von YouGov zeigte, dass nur die Hälfte der Bevölkerung mit der Aufnahme von Geflüchteten einverstanden ist (80 Prozent durchschnittlich für die EU). Seit Anfang Juni 2022 kehren viele Ukrainer_innen zurück in die Ukraine, weil sich die Situation in einigen Gebieten entspannt hat.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die wichtigsten Themen, die im Tripartiten Rat 2021 diskutiert wurden, waren die Effekte der COVID-19 Pandemie und die damit verbundenen wirtschaftlichen Maßnahmen, um die Krise zu überwinden, wie etwa die Höhe der Sozialleistungen, die Maßnahme 40–60 (Kurzarbeitergeld), die Erhöhung der Rente und Finanzunterstützung für energiear-

me Haushalte wegen den steigenden Energiepreisen. Im Jahr 2022 sind bis jetzt u.a. die Maßnahmen gegen die Inflation im Fokus.

Im Jahr 2021 war der Green Deal eines der bedeutendsten Themen aus gewerkschaftlicher Sicht. Die Schließung von Kohlekraftwerken bis 2038 ist im Aufbau- und Resilienzplan vorgesehen. Dadurch wird u.a. die Region Stara Zagora betroffen, weil sich dort der größte Kohlekraftwerkkomplex des Landes (Maritza) befindet. Durch die Schließung des Kraftwerks werden zwischen 10–20 000 Arbeiter_innen direkt und insgesamt ca. 100 000 Menschen aus der Region indirekt betroffen sein. Die Gewerkschaften vertreten die Meinung, der Green Deal biete diesen Menschen keine guten alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten an. Außerdem bleibt die Frage offen, wie der Energiebedarf des Landes ohne die Kohlekraftwerke gedeckt werden kann und zu welchem Preis. Es wurden viele Treffen und Diskussionen zum Thema organisiert, u.a. mit dem geschäftsführenden Vizepräsidenten und Kommissar für Klimaschutz in der EU-Kommission Frans Timmermans. Im Oktober 2021 fanden von Podkrepa organisierten Proteste der Minenarbeiter_innen statt. Obwohl beide Gewerkschaften eine nachhaltige und soziale Transformation fordern, agiert Podkrepa konfrontativer als KNSB.

Das Thema Energie und steigende Energiepreise steht 2022 sehr hoch auf der öffentlichen Agenda. Gewerkschaften sind dabei sehr aktiv und präsent in der öffentlichen Debatte. Sie fordern Anti-Krisen-Maßnahmen gegen die steigenden Preise. Die Regierung hat im Mai solche angekündigt, ohne diese im Tripartiten Rat davor zu besprechen, was zu starker Kritik sowohl seitens der Gewerkschaften als auch seitens der Arbeitgeberverbände führte. Die Maßnahmen werden demnächst auch im Rat diskutiert. Im April 2022 fand ein Streik im Liebherr-Warenhaus in Plovdiv statt. Arbeiter_innen forderten höhere Löhne, die die steigende Inflation decken können. Im Mai 2022 gab es auch große Proteste der Transportbranche, die von Podkrepa und KNSB gegen die hohen Gaspreise und für mehr staatliche Finanzierung für den Sektor organisiert wurden.

Seit dem Anfang des Kriegs in der Ukraine sind ca. 100 000 Geflüchtete in Bulgarien angekommen und im Land geblieben. Die Integration von diesen Menschen in den Arbeitsmarkt und in die sozialen Systeme des Landes ist ein breit diskutiertes Thema. Nicht selten arbeiten Geflüchtete in schlechten Arbeitsbedingungen, ohne Arbeitsverträge und für niedrigere Löhne. Die Mehrheit davon sind Frauen, die mit ihren Kindern geflohen sind. Es ist schwer, für sie einen Vollzeitjob zu finden, weil sie keine alternative Möglichkeit für Kinderbetreuung haben. Daher bleibt die Frage, wie diese Menschen finanziell stabil sein können. KNSB solidarisiert sich aktiv mit den Geflüchteten, führt Aktionen durch, um humanitäre Hilfe zu sammeln, bietet kostenlose Sprachkurse und kostenlose arbeitsrechtliche Beratung für Geflüchtete an. Podkrepa bleibt eher passiv in der Situation, andere kleineren Gewerkschaften auch. Die wachsenden xenophoben Stimmungen und Ängste vor »Social Dumping« machen das Thema auch zukünftig sehr zentral für die Ge-

werkschaften, die die Aufgabe haben, alle Arbeiter_innen in Bulgarien, egal welcher Nationalität und Herkunft, zu schützen.

GEWERKSCHAFTEN: FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die gewerkschaftliche Bewegung in Bulgarien hat eine langjährige Geschichte, die zu der Gründung des bulgarischen Nationalstaats Ende des 19. Jahrhunderts zurückzuführen ist. Die Gewerkschaften im Land waren in unterschiedlichen politischen und sozialen Systemen integriert. Die neueste Periode der gewerkschaftlichen Geschichte fängt mit der Wende 1989 an. In diesem Zeitraum wurden die größten Gewerkschaften des Landes und 1993 der Tripartite Rat (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Regierung) gegründet.

Der größte und einflussreichste gewerkschaftliche Dachverband, die Konföderation unabhängiger Gewerkschaften in Bulgarien (KNSB), wurde am 12.02.1990 gegründet. Sie ist Nachfolger des Gemeinsamen Arbeitergewerkschaftsbundes (1945–1972) und der Bulgarischen Berufsgewerkschaften (1972–1990), also der Einheitsgewerkschaft vor der Wende 1989. Unmittelbar nach der Wende 1989 galt der Verband aufgrund dieser Nachfolge eher als linksorientiert. Nach 1997 hat sich die Führungsebene eher im gesellschaftlichen Zentrum positioniert, obwohl die Mitglieder größtenteils der sozialistischen Partei nahestehen. KNSB bemüht sich generell um politische Neutralität, obwohl die Führung in den letzten ca. 10 Jahren bessere Beziehungen zu der konservativen GERB-Partei pflegte. Seit 1995 ist KNSB Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). KNSB ist grundsätzlich eine der wenigen Gewerkschaften in den ehemaligen sozialistischen Ländern, die sich nach der Wende erfolgreich reformiert und ihre führende Position in der Gesellschaft weiterhin hat.

KT Podkrepa (Konföderation der Arbeit »Unterstützung«), der zweite Dachverband, entstand kurz vor der Wende 1989 als dezidiert antikommunistische Gewerkschaft. Podkrepa führte in den krisenhaften 90er Jahren zwei Nationalstreiks gegen die jeweiligen Regierungen durch, um die extreme Verarmung und wachsende Inflation im Land anzuprangern. Der zweite Nationalstreik 1997 wurde von KNSB unterstützt und führte zum Rücktritt der damaligen sozialistischen Regierung von Jan Videnov. Podkrepa ist der erste bulgarische Gewerkschaftsverband, der in den Internationalen Bund freier Gewerkschaften (heute IGB) aufgenommen wurde. 1994 erhielt Podkrepa den Beobachterstatus beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und ist seit Dezember 1995 als Vollmitglied aufgenommen.

Neben den Streiks und Protesten in den 90ern gab es 2007 den größte Streik in der bulgarischen Geschichte. Damals haben ca. 95 Prozent der Lehrer_innen im Land 42 Tage lang für bessere Löhne und bessere Finanzierung im Bildungsbereich gestreikt. Der Streik sorgte für langfristige Effekte – bis heute

ist das Bildungswesen die Branche mit der größten gewerkschaftlichen Vertretung. In den letzten 20 Jahren gab es auch große Streiks im Transport- und Bergbau-Bereich und in der öffentlichen Dienst. Seit 2019 gibt es Mobilisationen unter Pfleger_innen für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

KNSB und KT Podkrepa sind von der Regierung als national repräsentative Gewerkschaftsdachverbände anerkannt und nehmen als solche am Tripartiten Rat teil. Dort sind auch insgesamt fünf Arbeitgeberverbände vertreten. Die Zersplitterung der Arbeitgeberverbände in den letzten Jahren verkompliziert den tripartiten Dialog.

In den staatlichen und privatisierten Unternehmen Bulgariens sind Gewerkschaften weitgehend vertreten, in den nach der Wende gegründeten Unternehmen hingegen kaum. Jedoch existiert eine gewerkschaftliche Organisation in fast allen Branchen. KNSB hat 35 Branchenorganisationen und KT Podkrepa 25. Besonders stark sind die Gewerkschaften im Bildungswesen, im Energiesektor und im Bergbau. Dagegen sind die Gewerkschaften u.a. im Tourismus, im Kultur- und wissenschaftlichen Bereich und in der Textilbranche schwach. Im Vergleich zu anderen postsozialistischen Ländern, gibt es in Bulgarien mit ca. 17–20 Prozent einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad,

Eine langfristige Herausforderung für die bulgarischen Gewerkschaften bleibt die sinkende Mitgliederzahl. Ein Grund ist das steigende Alter der Mitglieder – einerseits zurückzuführen auf die geringe Zahl der Neueintritte unter jungen Leuten, aber auch auf die generelle Überalterung der bulgarischen Gesellschaft und die Abwanderung der Jungen. Ein weiterer Grund ist, dass in den neuen Unternehmen und Branchen (z. B. der wachsenden IT-Branche) kaum gewerkschaftliche Organisationen gegründet werden. Während die traditionellen Sektoren einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen, ist es eine wichtige Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften, auch in den neuen Branchen Fuß zu fassen. Dadurch, dass die größten Gewerkschaften momentan im Bildungsbereich sind und der Bildungsbereich an sich sehr feminisiert ist, ist die Rolle von Frauen in den gewerkschaftlichen Strukturen wichtig.

Mitte Mai 2022 fand der Kongress von KNSB statt. Die Gewerkschaft kündigte einen großen Generationswechsel an. Die bisherigen Vizepräsident_innen der Gewerkschaft wurden gewechselt, nun sind drei neue Personen an der Spitze. Die neugewählten Vizepräsident_innen sind (teilweise wesentlich) jünger als ihre Vorgänger_innen und haben sich in den letzten Jahren aktiv mit drei der wichtigsten Themen für die Gewerkschaft beschäftigt: Green New Deal, digitale Transformation und interne Umstrukturierung der Gewerkschaft. In seiner Rede während des Kongresses nannte der alte und neue Präsident, Plamen Dimitrov, die Hauptziele von KNSB für ihre interne Weiterentwicklung in den nächs-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Bulgarien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Конфедерация на независимите синдикати в България, КНСБ (Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften in Bulgarien, KNSB)	Plamen Dimitrov	262 400 (2020)	EGB, IGB
Конфедерация на труда »Подкрепа«, КТ Подкрепа (Konföderation der Arbeit »Unterstützung« KT Podkrepa)	Dimitar Manolov	73 500 (2020)	EGB, IGB

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Bulgarien

Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Синдикатът на българските учители, СБУ (Bulgarische Lehrergewerkschaft – SBU)	KNSB	Yanka Takeva	84 100 (2020)	ETUCE, EI
Синдикална иньорска федерация, СМФ (Bergarbeitergewerkschaft, SMF)	KT Podkrepa	Vladimir Topalov	7 000 (2020)	IndustriALL

ten fünf Jahren: Konsolidierung der Branchenstrukturen von KNSB; Aufbau eines internen Systems für die gewerkschaftliche Notfallhilfe, um die Gewerkschaftsmitgliedschaft zu stimulieren; Digitalisierung von internen Prozessen.

Podkrepa hat ihren Kongress im Frühling 2023. Präsident Dimitar Manolov wies bereits darauf hin, dass er in den Ruhestand gehen möchte und sucht nach einem/er Nachfolger_in.

Neben den zwei großen Gewerkschaftsdachverbänden existieren auch einige kleinere. Sie sind zwar nicht national repräsentativ und haben eine sehr begrenzte Macht, Prozesse beeinflussen zu können, dennoch wurde ihre Präsenz in den letzten Jahren stärker spürbar. Zwei wichtige Spieler dabei sind die Gewerkschaft Zashtita (Schutz) und die Nationale Konföderation der Arbeit (NKT). Zashtita wurde ca. 2018 aktiv und positioniert sich als anti-GERB. NKT wurde 2020–2021 gegründet und besteht aus drei kleineren Gewerkschaften: die 2020 neugegründete Gewerkschaft der medizinischen Fachkräfte, eine seit 2006 existierende Gewerkschaft der Beschäftigten im Chemiebereich und ein seit 2014 existierendes Anarchosyndikat (das momentan die rechtsextreme pro-russische Partei Vazrazhdane unterstützt). Sowohl NKT als auch Zashtita sind sehr aktiv im gesundheitlichen Bereich, unterstützen seit 2019 die Proteste der Pfleger_innen und nehmen vermehrt an Tarifverhandlungen teil.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Laut Verfassung haben die Arbeitnehmer_innen das Recht auf Vereinigung. In fast allen großen staatlichen und privaten Unternehmen gibt es gewerkschaftliche Organisationen. In den neu gegründeten Unternehmen gibt es zahlreiche Versuche vonseiten der Arbeitgeber, die Gründung von Gewerkschaften zu verhindern. Obwohl auf Druck der Gewerkschaften hin die Verhinderung der Gründung von Arbeitnehmer_innenorganisationen strafbar geworden ist, dauern die Probleme weiter an. Gemäß dem Arbeitsgesetzbuch haben die Gewerkschaften bei der Erstellung und Änderungen der unternehmensinternen Regelungen zu Arbeitsbedingungen und Entlohnung ein Mitspracherecht. Dies wird jedoch zum Teil unterlaufen.

Im Allgemeinen bietet das bulgarische Arbeitsrecht noch aus der sozialistischen Vergangenheit einen im europäischen Vergleich relativ guten Arbeitnehmer_innenschutz. Das im 1986 verabschiedete Arbeitsgesetzbuch bietet allerdings wenige Möglichkeiten für Schutz von Selbstständigen oder Plattformarbeiter_innen an. Deswegen fordert KNSB neue Formen des Arbeitsschutzes für »digitale« Arbeiter_innen. Verbeamtete sind gesetzlich teilweise benachteiligt, da die Tarifverträge für sie nicht gelten. Sowohl Podkrepa als auch KNSB setzten sich für gesetzliche Änderungen ein, um diese Ungleichbehandlung zu ändern. Obwohl das Streikrecht in der Verfassung vorgesehen ist, ist das Streikgesetz sehr restriktiv und schränkt praktisch das Recht auf Streik ein, weswegen Änderungen im Gesetz dringend notwendig sind.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Tarifverhandlungen sind in Bulgarien seit den 1990ern Bestandteil industrieller Beziehungen, deren Stellenwert sich aber in den letzten Jahren verschlechtert hat. Besonders bedeutend ist hierfür der kontinuierliche Dezentralisierungsprozess seit der Wende. Die Arbeitgeberverbände setzen sich intensiv gegen die Ausweitung von Tarifverträgen auf ganze Branchen ein. So bleibt die Mehrheit der Tarifverträge auf Unternehmensebene. Die Tarifverträge konzentrieren sich u. a. in Sektoren mit öffentlicher Finanzierung wie etwa Bildungswesen oder Gesundheit und in den »traditionellen« Branchen wie Bergbau und Herstellungsindustrie. 2021 waren insgesamt 1 589 Tarifverträge beim Nationalen Institut für Versöhnung und Schlichtung (gegen 1 672 im Vorjahr) registriert, die insgesamt ca. 28 Prozent der Arbeitnehmer_innen oder 652 549 Personen abdecken. Obwohl die Zahl der Tarifverträge sinkt, steigt der prozentuale Anteil von Arbeitnehmer_innen, die von Tarifverträgen abgedeckt sind.

Seit 2017 konzentrieren sich die bestehenden Tarifverträge im öffentlichen Sektor hauptsächlich in Unternehmen und in geringerem Maße in der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig gab es jedoch eine interessante Verschiebung der Tarifverhandlungen im privaten Sektor mit ausländischen Unternehmen, die in Bulgarien tätig sind. So wurden 2017 32 Prozent der der geltenden Tarifverträge in der Privatwirtschaft in ausländischen Unternehmen und 68 Prozent in inländischen Unternehmen abgeschlossen. Im Jahr 2021 werden 48 Prozent der betrieblichen Tarifverträge in ausländischen Unternehmen und 52 Prozent in inländischen Unternehmen gelten. Soweit die Tarifverhandlungen im privaten Sektor schrumpfen, ist dies hauptsächlich auf den Verlust von Positionen in inländischen Unternehmen zurückzuführen. Im Gegensatz dazu steigt die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge in ausländischen Unternehmen.

Während die Tarifverhandlungen auf Branchen-/Sektorebene Anfang der 2000er Jahre auch die jährliche Aushandlung von Mindestsozialversicherungseinkommen (Freibeträge) umfassten, wurde diese Praxis in den letzten Jahren von den Arbeitgeberverbänden boykottiert. Allerdings wurde ab dem 1. April 2022 der Mindestlohn nach Forderungen der Gewerkschaften auf 710 BGN (363 EUR) aufgehoben. Die Anti-Krisen-Maßnahmen gegen die steigende Inflation wurden im Mai 2022 von der Regierung angekündigt, ohne diese vorher im Tripartiten Rat zu diskutieren, was zu sehr kritischen Reaktionen sowohl der Gewerkschaften als auch der Arbeitgeberverbände führte. Ein Treffen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Regierung, um die Maßnahmen zu besprechen, fand erst danach statt. Die Gewerkschaften forderten eine zweite Erhöhung des Mindestlohns auf 760 BGN oder 389 Euro ab dem 1. Juli sowie eine an der Inflation angepasste Indexierung der Renten. Beide Forderungen wurden abgelehnt. Die sozialversicherungspflichtige Höchstgrenze wurde allerdings 2022 auf Drängen der Gewerkschaften von 3 000 BGN (1 534 Euro) auf 3 400 BGN (1 739 Euro) angehoben.

KNSB hatte ihren Kongress Mitte Mai 2022. Dort wurde die Vision für die Weiterentwicklung der Gewerkschaft und ihre Kernaufgaben für die nächsten fünf Jahre vorgestellt. Neben der Ausweitung von Tarifverträgen hat Plamen Dimitrov in seiner Rede drei Kernthemen für die zukünftige Arbeit der Gewerkschaft genannt: wirtschaftlicher Wiederaufbau für einen fairen grünen und digitalen Wandel; inklusiver Arbeitsmarkt mit guten Arbeitsplätzen und Löhnen; soziale Sicherheit und stabile und solidarische Sozialsysteme. Die Gewerkschaft will diese Ziele erreichen, indem sie für Lohnerhöhungen und ein »Living Wage« kämpft sowie Änderungen im Steuersystem fordert: einen Lohnsteuerfreibetrag in der Höhe des Mindestlohns, eine Erhöhung des einheitlichen Steuersatzes (Flat Tax) von 10 auf 15 Prozent, und 15 Prozent Mehrwertsteuer. KNSB befürwortet ein Bildungssystem das besser mit dem Arbeitsmarkt synchronisiert ist, fordert Änderungen im Sozialsystem, um die Sozialleistungen zu erhöhen, und unterstützt eine Verbesserung der Arbeitsschutzgesetze, damit auch neue Beschäftigungsformen (z.B. Plattformarbeit) geschützt werden können.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Beide national repräsentative Gewerkschaftsdachverbände verfügen über hohe Kompetenzen in sozial- und wirtschaftlichen Fragen. Sie sind international vernetzt und gut mit der europäischen Praxis der Führung von Tarifverhandlungen vertraut. Der politische Einfluss der Gewerkschaften ist relativ groß – auch im Verhältnis zu den Arbeitgebern. Grund ist unter anderem die Tatsache, dass die bulgarischen Arbeitgeber mit fünf Dachverbänden zersplitterter sind als die Gewerkschaften.

Durch die Durchführung von großen Streiks in der Vergangenheit konnten die Gewerkschaften viele ihrer Forderungen durchsetzen (Lehrer_innen, Eisenbahn, Polizei, Bergbau). Die Gewerkschaften sind unter den wenigen Organisationen, die in Bulgarien eine große Anzahl von Menschen zu Protesten mobilisieren können. Die bisherigen Regierungen versuchten daher im Allgemeinen Konflikte mit den Gewerkschaften zu vermeiden. Der relativ hohe Anstieg des Mindestlohns in den vergangenen Jahren ist vor allem auf den anhaltenden politischen Druck der Gewerkschaften zurückzuführen. Gleiches gilt auch für die Beibehaltung des automatischen jährlichen Zuschlags auf das Grundgehalt. Beides wurde gegen massiven Widerstand durch die Arbeitgeber durchgesetzt.

Allerdings ist die öffentliche Meinung über Gewerkschaften gemischt und sogar eher negativ. Obwohl ihre Expertise zu wirtschaftlichen und sozialen Themen geschätzt ist, bleibt ihre Arbeit bei Tarifverhandlungen unsichtbar, was dazu führt, dass Gewerkschaften als inaktiv oder abwesend von den großen politischen und sozialen Geschehen wahrgenommen werden. Häufig wird es ihnen vorgeworfen, sie machen viel zu wenig, um die Situation von Arbeiter_innen zu verbessern und ihre Rechte zu verteidigen. Sowohl KNSB als auch Podkrepa werden als abhängig und staatsnah bezeichnet. Dadurch, dass bedeutende gewerkschaftliche Strukturen wie etwa die Bildungsgewerkschaft von KNSB engere Verbindungen zu GERB pflegen, kursieren Korruptionsvorwürfe gegen die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit.

Obgleich die beiden Gewerkschaftsdachverbände miteinander im Austausch stehen, gibt es doch deutliche institutionelle Abgrenzungstendenzen. Zu gemeinsamen Aktionen und Kampagnen kommt es daher sehr selten. Auch eine strategische Partnerschaft mit einer bestimmten Partei existiert nicht. Einige kleinere linke NGOs (z. B. Solidarna Bulgaria, LevFem, KOI, Dversia, BiblioFem) setzen sich ebenfalls für Arbeitnehmer_inneninteressen ein, haben jedoch weit geringeren politischen und gesellschaftlichen Einfluss. Seit einigen Jahren beschäftigen sich feministische und Frauenorganisationen – darunter auch zentrale Spieler wie der Bulgarian Fund for Women – vermehrt mit der Arbeitssituation von Frauen, LGBTQI+ Personen und allgemein marginalisierten Gruppen. Gleichzeitig kündigte Plamen Dimitrov während des KNSB-Kongresses an, die Gewerkschaft möchte Kampagnen für die Popularisierung des »Living Wage« in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren, darunter auch NGOs, Forschungseinrichtungen und Kommunen, durchführen. Es gibt also bestimmte Möglichkeiten für zukünftige Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und anderen Organisationen, um soziale und arbeitsrechtliche Forderungen gemeinsam zu verteidigen.

KNSB und KT Podkrepa sind Mitglieder sowohl von IGB als auch von EGB. Der Präsident von KNSB Plamen Dimitrov ist Mitglied im Verwaltungsrat der ILO und hat viele internationale Kontakte. KNSB pflegt enge Kontakte zum DGB. Ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch auf verschiedenen Ebenen erfolgt regelmäßig, oft mit Unterstützung der FES. Zudem nehmen Vertreter_innen beider bulgarischen Gewerkschaften an internationalen Veranstaltungen in Deutschland und anderen Ländern teil.

Jacques Paparo, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bulgarien, Sofia

Kalina Drenska, Projektkoordinatorin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Sofia

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.